

## ■ KURZ NOTIERT

von Rolf Jordan

### ■ Rekrutierungsbestimmungen für ausländische Fachkräfte weiter verschärft

Singapurs Regierung hat die Bestimmungen zur Anwerbung und Einstellung ausländischer Fachkräfte weiter verschärft. Ab August 2014 müssen Unternehmen mit mehr als 25 Beschäftigten Stellenausschreibungen für qualifizierte Fach- und Führungskräfte mit einem monatlichen Einkommen bis 12.000 Singapur-Dollar (umgerechnet etwa 7.100 EUR) in einer eigens dafür eingerichteten Jobbörse der *Singapore Workforce Development Agency* ausschreiben. Erst, wenn die Stelle mindestens 14 Tage in dieser Jobbörse veröffentlicht worden ist, darf das Unternehmen eine Arbeits-erlaubnis (*employment pass*) für

einen Mitarbeiter aus dem Aus-land beantragen.

Gleichzeitig hat die Regierung auch das Mindestgehalt für aus-ländische Fachkräfte von zuletzt 3.000 auf nunmehr 3.300 Sin-gapur-Dollar (umgerechnet ca. 1.800 EUR) angehoben. Beide Maßnahmen zielen darauf ab, den zuletzt wieder stark gestie-genen Anteil ausländischer Fach-kräfte zu bremsen. In den letzten Jahren häuften sich in der Bevöl-kerung Beschwerden darüber, dass ausländische Fachkräfte bei der Besetzung von Stellen gegen-über einheimischen Arbeitssu-chenden bevorzugt würden.

Ausländische Arbeitskräfte stel-len heute nahezu 40 Prozent der

etwa 5,3 Millionen Einwohner des Stadtstaates. Sie sind nicht nur in den niedrig-entlohnenden Segmen-ten des Arbeitsmarktes beschäf-tigt, die von den meisten Singapu-vern gemieden werden, sondern zunehmend auch in den middle- und oberen Führungsebenen vieler Unternehmen in Singapur. Zuletzt häuften sich Beschwer-den darüber, dass ausländische Führungskräfte bei der Besetzung neuer Stellen in einem Unterne-hmen Bewerber aus ihren Her-kunftsländern solchen aus Singa-pur vorzögen.

*Kevin Lim und Eveline Danubrata  
für Reuters, 23.9.2013*

### ■ Gericht lehnt Aufhebung homosexuellenfeindlicher Gesetzgebung ab

Erneut hat ein Berufungsge-richt in Singapur die Aufhebung eines Gesetzes, das homosexu-elle Handlungen unter Männern unter Strafe stellt, abgelehnt. Das Gericht bestätigte damit eine bereits im April diesen Jah-res getroffene Entscheidung, Abschnitt 377A des Strafgeset-zbuches nicht aufzuheben, da es nach Ansicht des Gerichtes einzig und allein Aufgabe des Parlamen-

tes sei, entsprechende Gesetzes-änderungen vorzunehmen.

Abschnitt 377A des Strafge-setzbuches geht auf eine bereits unter britischer Kolonialherrschaft erlassene Verordnung zurück und sieht im Falle homosexueller Handlungen zwischen Männern Haftstrafen von bis zu zwei Jah-ren vor. Obwohl die gesetzlichen Vorschriften zuletzt nur noch sel-ten Anwendung fanden, haben

Forderungen nach ihrer Abschaf-fung für viele Bürgerrechtler im Kampf um soziale Reformen im Stadtstaat an Bedeutung gewon-nen. Die Ablehnung durch das Gericht überrascht insofern, als die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen in der Bevölke-rung zuletzt eine breitere Unter-stützung erfahren hatte.

*AFP (Singapur), 2.10.2013*

### ■ Wirtschaftswachstum schwächer als erwartet?

Aktuelle Wirtschaftsdaten deuten darauf hin, dass Singapurs Wirt-schaftswachstum 2013 schwächer ausfällt, als dies Daten des ersten Halbjahres nahe legten. Analy-sen verschiedener Wirtschaftsex-perten zeigen, dass das Bruttoin-landsprodukt im dritten Quartal um drei bis fünf Prozent zurück-gegangen ist, nachdem es im

zweiten Quartal noch um mehr als 15 Prozent gestiegen war.

Vor allem bei der Produktion von Industriegütern schwächten sich die Zuwachsraten über die letzten Monaten weiter ab. Und auch beim Warenexport wurden zuletzt Rückgänge verzeichnet. So fiel zum Beispiel im August der Export von Nicht-Öl-Produk-

ten– ein Bereich, der von Ana-lysten aufgrund seiner großen gesamtwirtschaftlichen Bedeu-tung besonders genau beobachtet wird – im Vorjahresvergleich um 6,2 Prozent und damit stärker, als erwartet.

*Dhara Ranasingbe für CNBC News,  
1.10.2013*